

Stand: 26.12.2025 20:27:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1052

"Teilnahme des Freistaats Bayern am "Eine Welt-PromotorInnenprogramm: Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit""

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1052 vom 20.03.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1358 des BU vom 25.03.2014
3. Beschluss des Plenums 17/1503 vom 03.04.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 03.04.2014 (EPL 2)



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof, Kerstin Schreyer-Stäblein, Walter Taubeneder, Alex Dorow, Judith Gerlach, Alexander König, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Mechthilde Wittmann CSU,**

Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Kathi Petersen SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer FREIE WÄHLER,

Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Teilnahme des Freistaats Bayern am „Eine Welt-PromotorInnenprogramm: Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zeitnah die Teilnahme des Freistaats Bayern am bundesweiten „Eine Welt-PromotorInnenprogramm: Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“ zu erklären und die Finanzierung für zunächst zwei PromotorInnen für „Eine Welt“-Arbeit noch für die laufende Förderperiode 2013 – 2015 aus verfügbaren Mitteln sicherzustellen. Für das Themenfeld eine Welt in Bayern ist federführend die Bayerische Staatskanzlei zuständig. Zur Finanzierung des Länderanteils des Freistaats Bayern wird im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2015/2016 ein neuer Titel mit entsprechendem Haushaltsansatz im Einzelplan 02 beantragt.

Begründung:

Die „Eine Welt“-Arbeit der zivilgesellschaftlichen Gruppen in Bayern möchte mehr Menschen dafür gewinnen, ihr Denken und Handeln an der Verantwortung für die „Eine Welt“ zu orientieren. In diesem Programm arbeiten kirchliche und nichtkirchliche Organisationen zusammen. Fairer Handel, Globales Lernen, Partnerschaftsarbeit oder globale Sozial- und Umweltstandards werden partei- und konfessionsübergreifend diskutiert. Das nach weltweiter Solidarität und Gerechtigkeit strebende bürgerschaftliche „Eine Welt“-Engagement trägt dabei nicht nur zu einer sozial- und umweltverträglicheren Gestaltung der Globalisierung bei, sondern auch zu einem positiven Bild Bayerns in der Welt. Im Rahmen eines von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten „Eine Welt-PromotorInnenprogramms“ wird dieses „Eine Welt“-Engagement in Zusammenarbeit mit dem „Eine Welt“-Netzwerk Bayern e.V., dem bayerischen Dachverband der „Eine Welt“-Akteure, unterstützt. Bisher (Stand: 1.3.2014) nehmen bereits folgende elf Länder am PromotorInnenprogramm teil: Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof,
Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a.
SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a.
FREIE WÄHLER,
Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drs. 17/1052

Teilnahme des Freistaats Bayern am "Eine Welt-PromotorInnenprogramm: Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit"

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Walter Taubeneder**
Mitberichterstatterin: **Diana Stachowitz**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 25. März 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 2. April 2014 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof, Kersstin Schreyer-Stäblein, Walter Taubeneder, Alex Dorow, Judith Gerlach, Alexander König, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Mechthilde Wittmann CSU,**

Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Kathi Petersen SPD,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer FREIE WÄHLER,

Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 17/1052, 17/1358

Teilnahme des Freistaats Bayern am „Eine Welt-PromotorInnenprogramm: Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zeitnah die Teilnahme des Freistaats Bayern am bundesweiten „Eine Welt-PromotorInnenprogramm: Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“ zu erklären und die Finanzierung für zunächst zwei Promotorinnen und Promoter für „Eine Welt“-Arbeit noch für die laufende Förderperiode 2013 – 2015 aus verfügbaren Mitteln sicherzustellen. Für das Themenfeld eine Welt in Bayern ist federführend die Bayerische Staatskanzlei zuständig. Zur Finanzierung des Länderanteils des Freistaats Bayern wird im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2015/2016 ein neuer Titel mit entsprechendem Haushaltsansatz im Einzelplan 02 beantragt.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Christine Kamm

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir machen jetzt Mittagspause. Es geht um 13.30 Uhr weiter. Guten Appetit!

(Unterbrechung von 12.54 bis 13.33 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mittagspause ist beendet. Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Wir haben vor der Mittagspause eine persönliche Erklärung zur Regierungserklärung, Tagesordnungspunkt 2 dieser Sitzung, von Herrn Bocklet gehört. Zum Hintergrund: Wir waren uns im Präsidium nicht ganz im Klaren, ob es nach Geschäftsordnung zulässig war, diese erst nach weiteren Tagesordnungspunkten zuzulassen. Da ist die Geschäftsordnung nicht eindeutig. Es ist aber Tatsache, dass sich im Anschluss an die persönliche Erklärung, unmittelbar vor der Mittagspause, als die meisten schon

den Saal verlassen hatten, Frau Christine Kamm sich zu einer Gegenrede zu dieser persönlichen Erklärung gemeldet hat, die nach unserer Geschäftsordnung zulässig ist. Da wir die persönliche Erklärung zugelassen haben, lasse ich auch diese Gegenrede zu. Ich teile Ihnen noch mit, dass wir diese Unklarheit der Geschäftsordnung demnächst der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Verdeutlichung und Klärung vorlegen werden.

Bitte schön, Frau Kamm. Sie haben fünf Minuten.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bocklet hat vor der Mittagspause erklärt, dass er sich beleidigt gefühlt habe durch meine Bemerkung, dass er in Brüssel gesagt habe, dass man Worte bayerischer Vertreter nicht so ernst nehmen solle; es würde sich eher um Folklore handeln; in Wirklichkeit seien die Bayern ja europafreundlich.

Die Situation, in der er dies geäußert hatte, war der Besuch unseres Europaausschusses in Brüssel. Da gab es freundlicherweise für den Europaausschuss und für geladene Gäste einen Abend in der Bayerischen Vertretung am 10. März. Nachdem die Frau Ministerin eine kurze Ansprache gehalten hatte, hat sich Landtagsvizepräsident Bocklet kurz geäußert und in diesem Zusammenhang ein vermittelndes Wort gesucht. Dieses vermittelnde Wort zielte eben darauf ab, dass die harschen Töne aus Bayern nicht so ernst gemeint seien, sondern es sich um folkloristische Gebräuche handeln würde.

Ich habe das hier gesagt, weil ich zeigen wollte, wie janusköpfig oft das Auftreten der Staatsregierung und der CSU in Europa ist. Auf der einen Seite möchte man natürlich gerne große Europäer sein, auf der anderen Seite hört man oft sehr harsche Worte aus München. Herr Bocklet wollte offenbar gegenüber dem Publikum vermitteln und eine etwas freundliche Stimmung schaffen. Es war doch eigentlich ganz nett gemeint. Ich habe diese Bemerkung meinerseits nicht als Beleidigung von Herrn Bocklet gesehen. Ich würde mir eigentlich wünschen, dass er weiterhin vermittelnd auftritt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kamm. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt jetzt endgültig abgeschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bestattungsgesetzes – Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Ermöglichung des Erlasses gemeindlicher Friedhofssatzungen bzw. Friedhofsordnungen für ein Verwendungsverbot für Grabmale aus ausbeuterischer Kinderarbeit", Drucksache 17/94, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 52, mit Nein haben gestimmt 99, keine Stimmenthaltung. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Schuster, Prof. Dr. Gantzer und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes – Verdoppelung der Ballungsraumzulage", Drucksache 17/323, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 67, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf auch abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun kann ich die Dringlichkeitsanträge aufrufen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei in Bayern
Drs. 17/429, 17/1017 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränlein u.a. SPD
Demografie der Bayerischen Polizei
Drs. 17/430, 17/1016 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“
Drs. 17/440, 17/1067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Amerikahaus in bewährter Form für die Bürger erhalten – keine Sicherheitskonferenz in den Räumen des Amerikahauses zulassen
Drs. 17/504, 17/1104 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Gewalt gegen Polizeibeamte bei den Ausschreitungen in Hamburg
am 21. Dezember 2013
Drs. 17/562, 17/1015 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wenger, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Olympische Winterspiele: Sotschi zum Ort sportlicher Erfolge und demokratischer Signale machen!
Drs. 17/563, 17/1030 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

A Z ENTH ENTH

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Friedliche und faire Olympische Winterspiele
Drs. 17/578, 17/1029 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU**SPD****FREIE WÄHLER****GRÜ** ENTH

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum Zustimmung der Abstimmung zugrunde zu legen.

8. Antrag der Abgeordneten Hermann Imhof, Bernhard Seidenath, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU
Änderung des Bestattungsgesetzes;
Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Verwendungsverbot von Grabmalen aus ausbeuterischer Kinderarbeit
Drs. 17/580, 17/1204 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU**SPD****FREIE WÄHLER****GRÜ** ENTH ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Ingrid Heckner, Joachim Unterländer, Karl Freller u.a. CSU
Ausweitung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für öffentlich Bedienstete
Drs. 17/626, 17/1048 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU**SPD****FREIE WÄHLER****GRÜ**

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof,
Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. FREIE WÄHLER,
Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Teilnahme des Freistaats Bayern am „Eine Welt-PromotorInnenprogramm:
Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen
entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“
Drs. 17/1052 17/1358 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

